



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP II. 5. Weiterführung der StPO-Reform

Berichterstattung: Bayern, Rheinland-Pfalz

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben die Folgen überlanger Strafverfahren erörtert. Sie sind der Auffassung, dass diese geeignet sind, das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Rechtsstaat zu beeinträchtigen.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen die Absicht der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, zeitnah einen Referentenentwurf zur Beschleunigung von Strafverfahren vorzulegen, der insbesondere Regelungen zur erleichterten Ablehnung von missbräuchlichen Befangenheits- und Beweisanträgen, zur Bündelung der Interessen der Nebenklagevertretung und zur Vorabentscheidung über Besetzungsrügen enthält.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister erachten es als notwendig, den Ländern eine ausreichende Stellungnahmefrist einzuräumen, die eine umfassende Beteiligung der gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Praxis ermöglicht.